

Direkt aus den Parteien

Die erste Session der neuen Legislatur wird geprägt von Wahlgeschäften und einer Traktandenliste mit 100 Vorstössen, von denen aus Zeitgründen höchstens die Hälfte zur Behandlung kommen dürfte. Dazu debattiert das neue Parlament über die von der Regierung beantragte Verlängerung der Frist zur Unterbreitung eines Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle».

Erstes Wahlgeschäft ist am Montagmorgen die Bestimmung des Ratspräsidiums. Die Wahl von Judith Schmutz (Grüne) und von Vizepräsident Ferdinand Zehnder (Mitte) ist allerdings genauso Form-

sache wie die Kür von Regierungspräsident Fabian Peter (FDP) und Vizepräsident Reto Wyss (Mitte) am Dienstagmorgen. Am Dienstagabend – nach der Vereidigung der neuen Regierungsmitglieder Michaela Tschuor (Mitte), Ylfete Fanaj (SP) und Armin Hartmann (SVP) – wird dann gefeiert: in Rain, dem Wohnort der höchsten Luzernerin.

Die Session wird im Live-Stream auf www.lu.ch übertragen, ist aber auch öffentlich zugänglich: Regierungsgebäude, Bahnhofstrasse 15, Luzern. Montag, 19. und 26. Juni, 9 bis 12 und 14 bis 18 Uhr. Dienstag, 20. Juni, 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr. (nus)

Mitte

Von guten Ernten und weiser Voraussicht

Der Kanton Luzern gleicht in den letzten fünf Jahren einem fruchtbaren Acker, der jährlich einen ertragsreichen Ernteabschluss ermöglicht hat – im Jahr 2022 mit einem Überschuss von 204 Millionen. Wie reife Ähren, die in der Sonne glänzen, entspringen die erfreulichen Erträge zum grossen Teil aus den kräftig angewachsenen Steuereinnahmen sowohl privater Haushalte als auch von Unternehmen. Wir erleben hier das Gedeihen einer bürgerlichen Finanzstrategie, an der wir von der Mitte massgeblich mitgepflanzt haben – und jetzt ernten dürfen.

Von dieser Ernte sollen nun die Bevölkerung und die Firmen profitieren: Von einer Steuergesetzrevision über Massnahmen zu Gunsten der Grundversorgung in Sicherheit und Gesundheit bis zur Klimapolitik und dem Umgang mit den Herausforderungen der Weltlage im Flüchtlingsbereich.

Jedoch müssen wir, wie ein erfahrener Landwirt, der die wechselnden Jahreszeiten kennt, uns auf eine vielleicht weniger ertragsreiche Ernte einstellen. Ausbleibende Nationalbank-Gelder und weitere Herausforderungen

wie der Ukraine-Krieg machen es notwendig, unsere Ausgaben sorgfältig zu planen, streng zu priorisieren und keinen Vorrat leichtfertig auszugeben. Für uns von der Mitte ist und bleibt es unerlässlich, weiterhin sorgsam mit Ihrem Geld, geschätzte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, umzugehen.



Daniel Piazza, Malter

SVP

Gegen milliardenteure Staustunden

Der Bund bestätigt, dass der Modalsplit seit Jahren gleichbleibend ist. So liegt er auch im Kanton Luzern nahezu unverändert bei rund 70 Prozent motorisiertem Individualverkehr (MIV) und 21 Prozent öffentlichem Verkehr, den Rest bildet etwa Langsamverkehr. Infolge einer viel zu starken Nettozuwanderung von rund einer halben Million Menschen seit 2018 und einer verfehlten Verkehrspolitik sind wir heute mit Staustunden konfrontiert, die uns jährlich Milliarden kosten. Mit der Anti-Stauintiative wird diesem Schaden Rechnung getragen, indem

man fordert, dass der Kanton Luzern die Leistungsfähigkeit seiner Strassen mit übergeordneter Bedeutung der Nachfrage des MIV ausrichtet.

Dass der Kantonsrat weiterhin gewillt ist, diese volkswirtschaftlichen Schäden gutzuheissen, zeigt der Gegenvorschlag der Verkehrs- und Baukommission auf. Statt eines Ausbaus der Kapazitäten fordert er eine Kompensation, sofern es zu Verminderungen der Leistungsfähigkeit einzelner Abschnitte kommt. Die Konsequenz: keine Kapazitätsausbauten beim Strassennetz bei gleichbleiben-

dem Modalsplit, trotz stark überlasteten Strassen und einem explodierenden Bevölkerungswachstum.

Die SVP erkennt die Problematiken und setzt sich für eine lösungsorientierte Politik zum Wohle unseres Kantons, unserer Schweiz und des Volkes ein.



Dieter Haller, Luzern

FDP

Dank weitsichtiger Finanzpolitik so stark wie nie

Die von der FDP mitgeprägte Luzerner Finanz- und Steuerstrategie funktioniert. Dies zeigt sich im Jahresbericht 2022 einmal mehr deutlich. Mit einem Ertragsüberschuss von 204,5 Millionen Franken wird zum fünften Mal in Folge ein positiver Abschluss und zum dritten Mal in Folge ein Überschuss von über 200 Millionen Franken präsentiert. Der Kanton Luzern steht heute finanziell so gut da wie noch nie. Das erfreuliche Resultat ist insbesondere auf höhere Steuererträge bei den privaten wie auch den juristischen Personen zurückzuführen. Unsere Forderung zur Senkung

des Steuerfusses auf das Jahr 2022 um 0,1 Einheiten hat sich, entgegen anderslautenden Behauptungen, als richtig und verkraftbar erwiesen.

Der Kanton Luzern gewann in den letzten Jahren an Wettbewerbsfähigkeit und vermochte die Abhängigkeit vom nationalen Finanzausgleich abzubauen. Dies bestärkt die FDP Luzern, ihre Finanzpolitik konsequent weiterzuverfolgen. Denn nur ein finanziell gesunder und unabhängiger Kanton Luzern kann in die Zukunft investieren und die kommenden Herausforderungen proaktiv anpacken. Eine dieser

Herausforderungen werden die ausbleibenden SNB-Gelder sein. Auch dafür sind wir im Kanton Luzern gerüstet. Über die sogenannte Lex SNB, eine Anpassung des Gesetzes über die Steuerung der Finanzen und Leistungen, wird ebenfalls an der Juni-Session im Kantonsrat beraten.



Andreas Bärtschi, Altshofen

SP

Bezahlbare Kitas für alle

Anstatt einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» auf den Weg zu bringen, möchte die Regierung das dringende Anliegen in der kommenden Session um ein Jahr verschieben. Das ist ernüchternd. In Luzern müssen wir also weiterhin auf die flächendeckende Einführung bezahlbarer Kitas für alle warten. Obwohl die Nöte bekannt sind. «Meine Leute sind müde. Das fehlende Fachpersonal ist Thema Nummer 1 in unserer Branche. Jetzt muss etwas gehen», erklärte mir neulich eine Kita-Leiterin. Die Kitas tragen eine enorm grosse Verantwortung. Die

Schwachpunkte des Systems sind hinlänglich bekannt. Es bestehen umfassende Studien, Berichte und Empfehlungen. Bald folgt auch noch ein Fachbericht, der die Situation in Luzern beschreibt. Die Rahmenbedingungen müssen sich nun aber rasch ändern, damit die Qualität verbessert und die Tarife gesenkt werden können.

Viele Eltern sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf eine Kita angewiesen; die Wirtschaft auf alle verfügbaren Fachkräfte. Luzern ist der letzte Kanton ohne eine Gesetzgebung für die vorschulische Kinderbetreuung. Wenn

wir nicht in das System als Ganzes investieren, sind Abbau und Rückschritte vorprogrammiert! Deshalb ist für die SP-Fraktion klar: Wir brauchen so schnell wie möglich eine flächendeckende Versorgung mit genügend bezahlbaren Kitaplätzen im ganzen Kanton und lehnen die Fristerstreckung ab.



Pia Engler, Kriens

Grüne

Mutige Ideen für die Verkehrswende

Dieses Wochenende stimmt die Schweiz darüber ab, ob wir bis 2050 klimaneutral werden wollen. Der Kanton Luzern ist dank dem Klimabericht einen Schritt weiter und hat dieses Ziel bereits verankert. Die grosse «Büez» beginnt aber erst, zum Beispiel beim Verkehr: Hier entsteht ein Drittel unseres CO₂-Ausstosses.

Ziel des Kantons Luzern ist es, Verkehr zu vermeiden und zu verlagern. Das klingt grossartig! Die Realität sieht leider anders aus: Es werden fleissig neue Strassen wie der Bypass oder die Umfahrung Bero-münster geplant, die den

klimaschädlichen Verkehr fördern. Ein Blick nach Europa zeigt, wie es anders gehen kann. Um gegen die Verkehrslut anzukämpfen, befreien Städte wie Paris oder Barcelona ganze Quartiere vom Autoverkehr. Diese Idee haben wir aufgenommen und in einem Vorstoss gefordert, dass der Kanton an einzelnen Tagen autofreie Sonntage prüfen soll. So könnte Platz für Begegnung und den klimaschonenden Verkehr entstehen. Natürlich, alleine damit können wir die Klimaziele nicht erreichen. Doch autofreie Sonntage sind ein Anstoss, um die nachhaltige Mobilität ins Zentrum zu

rücken und aufzuzeigen, welche Vorteile die Verkehrswende für uns bringt.

Leider ist der Vorstoss der Regierung zu visionär, sie empfiehlt ihn zur Ablehnung. Wir bleiben dran und setzen uns weiterhin für die Verkehrswende und einen klimaschonenden Verkehr ein.



Samuel Zbinden, Sursee

GLP

Anstellungsbedingungen für Lehrkräfte vereinfachen

Der Lehrpersonenmangel im Kanton Luzern ist alarmierend. Die Grünliberalen fordern mit meinem Postulat 932 die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern und alles daran zu setzen, dass Lehrpersonen in unserem Kanton bleiben und hier ihren Beruf ausüben. Eine gerechte Einreihung in Lohnklassen und Lohnstufen sowie wirksamere Anreize und Bedingungen auf allen Ebenen des Berufs sollen fähige Lehrpersonen im Kanton halten. Es kann nicht sein, dass eine ausgebildete Gymnasiallehrperson, die als Sekundarlehrperson arbeitet, weniger verdient, weil sie nicht «stufengerecht» ausge-

bildet ist. Oder warum soll eine Primarlehrperson eine «einfachere» Arbeit haben als eine Sekundarlehrperson? Aktuell wird genau das suggeriert.

Das heutige Lohnsystem im Kanton Luzern und die ständigen Strukturanpassungen führen so zum Beispiel dazu, dass erfahrene Lehrpersonen in tiefere Lohnstufen zurückgestuft werden. Selbst die Regierung räumt ein, dass das Lohnsystem nicht mehr nachvollziehbar ist!

Es ist höchste Zeit, die Anstellungsbedingungen und das Lohnsystem für Lehrpersonen

im Kanton Luzern grundlegend zu überarbeiten. Der administrative Aufwand und die undurchsichtige Einreihung in Lohnklassen und Lohnstufen müssen dringend vereinfacht werden. Es geht um nichts Geringeres als unseren Nachwuchs: Der Kanton Luzern darf seine Bildungszukunft nicht verschlafen!



Mario Cozzio, Sursee